



FDP Kreisverband Düsseldorf | Sternstraße 44 | 40479 Düsseldorf

Protokoll

des außerordentlichen Kreisparteitages
FDP Kreisverband Düsseldorf
27. März 2012, Rheinterrassen Düsseldorf,
Joseph-Beuys-Ufer 33, 40479 Düsseldorf
Beginn: 21.00 Uhr

27. März 2012

Tagesordnung

1. Begrüßung
2. Geschäftsordnungsmäßige Feststellung
3. Wahl des Parteitagspräsidiums
4. Wahl der Schriftführer/-innen
5. Wahl des Vorsitzenden der Zählkommission
6. Wahl der Stimmeneinsammler und -auszähler
7. Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zur Landeswahlversammlung für die Landtagswahl 2012
8. Anträge
9. Verschiedenes

TOP 1/2 Begrüßung und Geschäftsordnungsgemäße Feststellung

Der bereits in der vorangegangenen Kreiswahlversammlung gewählte Versammlungsleiter Helmut von Richter stellt allgemeines Einverständnis dazu fest, dass die Wahl des Sitzungspräsidiums auch für diesen Kreisparteitag gilt. Er stellt vor dem außerordentlichen Kreisparteitag die Ordnungsmäßigkeit der Einladung zum Kreisparteitag fest.

Die Stimmberechtigung der 97 Anwesenden wurde überprüft.

Die Beschlussfähigkeit des Kreisparteitages ist gegeben.

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen angenommen.

TOP 3 bis TOP 6

Helmut von Richter stellt Einverständnis hierzu fest, dass die in der vorangegangenen Kreiswahlversammlung gewählten Schriftführerinnen, der Vorsitzende der Zählkommission sowie die Stimmeneinsammler und Stimmenauszähler ihre Funktion weiterhin innehaben.

TOP 7 Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zur Landeswahlversammlung für die Landtagswahl 2012

Für die Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zur Landeswahlversammlung für die Landtagswahl 2012 liegen vorbereitete weiße Stimmzettel vor. Die Stimmzettel werden auf Veränderungen überprüft. Gemäß den Angaben des Präsidiums werden die Namen Jan Matthes, Claas Wrocklage, Monika Van Volxem, Peter Dietlmaier und Dr. Gerhard Hansen gestrichen. Es gibt keine weiteren Vorschläge. Alle Kandidaten erklären sich mit der Kandidatur einverstanden.

Es können bis zu 30 Stimmen für 15 Delegierte und 15 Ersatzdelegierte vergeben werden. Das Präsidium teilt zum Verfahren außerdem mit, dass die Auszählung der Stimmzettel an Ort und Stelle erfolgt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los des Versammlungsleiters.

Der Wahlgang wird ordnungsgemäß eröffnet und geschlossen.

Lfd. Nr.	Delegierte	Lfd. Nr.	Ersatzdelegierte
1.	Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann	1.	Dr. Bernhard Piltz
2.	Gisela Piltz	2.	Thomas Nicolin
3.	Dr. Robert Orth	3.	Wibke Op Den Akker
4.	Dr. Veronika Dübgen	4.	Sebastian Rehne
5.	Manfred Neuenhaus	5.	Ulf Montanus
6.	Dr. Burkhard Hirsch	6.	Michael Latka
7.	Alexander Alvaro	7.	Dominik Fanatico
8.	Michael Dimitrov	8.	Bodo Schadrack
9.	Klaus Burkhardt	9.	Johanna Spielberg
10.	Rainer Matheisen	10.	Stefan Rosenthal
11.	Laura Görtz	11.	Nils Klagge
12.	Judith Pirscher	12.	Olivier Zengoski
13.	Monika Lehmhaus	13.	Kerstin Treiber
14.	Helmut von Richter	14.	Dr. Matthias Röhl
15.	Mirko Rohloff	15.	Sascha Henrich

TOP 8 Anträge

Es wurden ein Wahlauf Ruf zu der Landtagswahl und 4 Anträge fristgerecht eingereicht.

- **Wahlauf Ruf der FDP Düsseldorf zu den Wahlen des Landtags Nordrhein-Westfalen am 13. Mai 2012**

Neuanfang mit den Liberalen im Landtag:

Mut zum Sparen – Mut zur Verantwortung – Mut zum Erfolg –

Mit der Neuwahl des Landtags hat Nordrhein-Westfalen die Chance auf einen echten Neuanfang! Dazu gehört jedoch Mut. Mut zum Sparen. Mut zur Verantwortung. Mut zum selbständigen Handeln und damit zum Erfolg.

Unser Land braucht langfristig eine solide finanzielle Basis, um seinen Aufgaben gerecht zu werden und Wohlstand und Arbeitsplätze für seine Bürger zu schaffen. Wie wir derzeit am Beispiel Europas sehen, reicht es nicht aus, allein auf Hilfe von außen zu bauen. Auch die Landesregierung selbst muss - genau wie jeder einzelne Bürger es tut - seine Ausgaben nach den Einnahmen ausrichten und gleichzeitig aktiv Maßnahmen betreiben, damit die eigenen Einnahmen stabil bleiben oder gar wachsen. Die rot-grüne Minderheitsregierung Nordrhein-Westfalens war nicht in der Lage, einen Haushalt aufzustellen, der die Zukunft unseres Landes sichert und Verantwortung auch für künftige Generationen übernimmt. Dies muss sich ändern – jetzt!

Die FDP in Nordrhein-Westfalen hat bewiesen, dass ihre soliden Landesfinanzen wichtig sind. Sie hatte den Mut, sich mit Konsequenz und Überzeugung für verantwortungsvolles Handeln und gegen teure Staatswirtschaft einzusetzen. Nur mit der FDP wird Nordrhein-Westfalen wieder finanziell auf die Beine kommen. Nur mit der FDP wird die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens und Düsseldorfs weiterhin erfolgreich bleiben und sich auf zuverlässige Rahmenbedingungen verlassen können. Nur mit der FDP wird es weiterhin Wahlfreiheit und Zuverlässigkeit bei den Bildungsangeboten auch in Düsseldorf geben.

Mut zum Sparen – Schuldenabbau sofort

Die liberale Landtagsfraktion hat sich stets für einen soliden Haushalt stark gemacht. Aktuell hat Nordrhein-Westfalen mit weitem Abstand und einem Minus von 135 Milliarden EUR in 2011 den höchsten Schuldenstand in der Bundesrepublik Deutschland. Und dies trotz eines Wirtschaftswachstums von 2,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Die FDP will mehr für unser Land. Dass sie das kann, zeigt sie bereits erfolgreich hier in Düsseldorf, unserer schuldenfreien Stadt. Dazu braucht es allerdings eine schlanke und effiziente Verwaltung und ein Minimum an Bürokratie.

Es ist gut, dass neben dem Bund nun auch das Land Maßnahmen zur finanziellen Entlastung der Kommunen anstrengt. Es kann aber nicht sein, dass Rot-Grün nach wie vor Überlegungen anstellt, wie gut wirtschaftende Städte wie Düsseldorf mit diesen Fördermaßnahmen belastet werden können. Auch auf kommunaler Ebene muss Leistung und gutes Wirtschaften belohnt und nicht bestraft werden. Mit der FDP wird es solche falschen Signale nicht geben.

Mut zur Verantwortung – Eigenverantwortung statt Bevormundung

Die Liberalen trauen den Menschen Eigenverantwortung zu und setzen sich für einen effizienten Staat ein. Dieser soll sich intensiv und effektiv um die Dinge kümmern, die staatlicher Regelung bedürfen, wie zum Beispiel die Kriminalitätsbekämpfung und den Ausbau unserer Kinderkrippen. Die Düsseldorfer Bürger sind eigenständig und wissen selbst, was für sie am besten ist. Sie wissen selbst, wann sie in Düsseldorf zum Einkaufen gehen und ob sie die Raucherkeipe um die Ecke besuchen wollen. Düsseldorfer Bürger wissen selbst, an welchen Plätzen im Freien sie Bier trinken möchten. Und sie benötigen wie andere Bundesländer auch keine kostenträchtigen Reglementierungen wie Dichtheitsprüfungen bei Neubauten. Ebenso wollen Düsseldorfer keine Videoüberwachung im öffentlichen Straßenraum. Bevormundung und Beobachtung ist hier fehl am Platz. Das Land muss seine hoheitlichen Aufgaben wahrnehmen und nicht Zeit und Geld für Regelungen einsetzen, die die Gesellschaft selber besser treffen kann.

Mut zum Erfolg – Arbeitsplätze sichern und Wohlstand fördern

Die Liberalen werden Wachstumsbremsen und Bürokratismus stoppen und für Wirtschaft und Arbeitnehmer in Düsseldorf zuverlässige Bedingungen schaffen.

Wirtschaft, Industrie und mittelständische Unternehmen sichern unseren Wohlstand und unsere Arbeitsplätze. Aber auch Düsseldorf konkurriert mit anderen Standorten und musste bereits den Abbau von Arbeitsplätzen akzeptieren. Die Arbeitslosenquote in NRW ist zwar wie in ganz Deutschland rückläufig, liegt aber dennoch über dem Bundesdurchschnitt. Firmen müssen deshalb solide Rahmenbedingungen vorfinden, auf denen sie ihr Unternehmen auf- und ausbauen können. Umwelt- und Energiepolitik muss zum Beispiel berücksichtigen, dass in Nordrhein-Westfalen 40 Prozent des industriellen Stroms verbraucht werden und dieser Bedarf gesichert sein muss. Nur mit Arbeitsplätzen und Wohlstand für die Menschen kann unser Land erfolgreich sein.

Mut zum Erfolg – Bildung mit Wahlfreiheit und Zuverlässigkeit

Wir wollen, dass Eltern und Kinder sich auf Wahlfreiheit und Qualität unserer Bildungseinrichtungen verlassen können. Und wir wollen, dass es auch in Zukunft Gymnasien in Düsseldorf gibt. Um die Chance zur Selbstbestimmung und Leistung wahrnehmen zu können, bedarf es qualitativer Bildungsangebote für alle Kinder und Jugendlichen. Wir sind stolz auf die Vielzahl von Schulen und Hochschulen mit unterschiedlichen Schwerpunkten in Düsseldorf. Eltern müssen selbst wählen können, was sie für ihre Kinder wollen. Es darf keine politische Lenkung durch die Vernachlässigung einzelner Schulformen wie zum Beispiel der Gymnasien geben. Um eine entsprechende Wahl gewährleisten zu können, müssen alle Bildungseinrichtungen gleichermaßen gefördert werden.

Das Hochschulfreiheitsgesetz hat sich an den Düsseldorfer Hochschulen bewährt. Wir wollen, dass sie weiter ohne staatliches Hineinregieren im Sinne von Forschung und Lehre ihr individuelles Profil schärfen können. Das Land muss aber sicherstellen, dass der Ansturm an den Düsseldorfer Hochschulen durch den doppelten Abiturjahrgang beherrschbar bleibt. Die Stadt darf mit den vielen zusätzlichen Studenten, über die wir uns freuen, nicht alleingelassen werden. Damit Jugendliche unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern studieren können, muss das Bafög-System zuverlässig organisiert sein.

Wir fordern vom Land, den Eltern bei Betreuungsangeboten an den Schulen die Wahl zu lassen, ob sie an einzelnen Tagen ihre Kinder außerhalb des Schulunterrichtes dort belassen möchten oder lieber in der Familie oder im Sportverein ihren Kindern Entwicklungsmöglichkeiten bieten möchten. Der rot-grüne Bevormundungserlass, der auch Düsseldorfer Eltern und Schulkinder trifft, gehört abgeschafft.

Die Liberalen sind die einzige Alternative zu Einheitsschule und Bildungschaos.

Mut zur Freiheit – Wahlfreiheit für Eltern mit Kindern

Der Ausbau von Kindertagesstätten in unserem Land ist Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mit der schwarz-gelben Koalition im Rat der Stadt Düsseldorf haben die Liberalen bereits viel für Eltern erreicht. Das muss in ganz Nordrhein-Westfalen so sein. Es darf nicht sein, dass die Landesregierung es sogar versäumt, die vom Bund hierfür bestimmten Mittel abzurufen. Für die Beschleunigung dieser Maßnahmen braucht es eine starke FDP.

Mut zum Fortschritt – Weiterentwicklung für unsere Stadt

Die Liberalen erwarten, dass Düsseldorfs Anliegen vom Land Nordrhein-Westfalen nicht vernachlässigt werden.

Das Land muss seine Eigentümerstellung ernst nehmen und eine Perspektive für Schloss Kalkum entwickeln – der Park und der Innenhof müssen für die Bürger weiter frei zugänglich sein.

Das Gelände der ehemaligen JVA in Derendorf muss im Sinne der Stadt entsprechend dem Düsseldorfer Bedarf für Wohnungsbauflächen entwickelt werden.

Die Landstraße von Ratingen nach Mettmann stellt eine wichtige Zubringerstraße für die Pendler in Düsseldorf dar. Der Neubau dieser Straße, für die das Land verantwortlich ist, muss endlich erfolgen.

Die Umweltzone in der Stadt darf durch Landesvorgaben nicht unnötig zu Lasten der Mobilität in der Stadt ausgeweitet werden.

Das Land soll sich dafür einsetzen, dass Kaiserswerth und Schloss Benrath in die Unesco-Weltkulturerbeliste aufgenommen werden.

Mut zum Neustart – mit den Liberalen im Landtag

Nordrhein-Westfalens Politik muss zeigen, dass sie mehr kann als mit immer höheren Schulden das Land zu verwalten. Dass wir hierfür keine Mehrheitsbeschaffer sind, sondern für zuverlässige Prinzipien stehen, haben wir bewiesen. Wir sind die einzige Partei, die für Freiheit mit Verantwortung steht und die den Mut hat, eigenständige Wege zu Wohlstand und Verlässlichkeit zu gehen. Für ein liberales Düsseldorf und ein freiheitliches Nordrhein-Westfalen braucht es weiterhin die FDP!

Lassen Sie uns die Chance zum Neuanfang unseres Landes nutzen. Mit Mut zum Sparen, Mut zur Verantwortung und Mut zum Erfolg.

Dafür braucht es die FDP als einzige liberale Partei in Deutschland, Nordrhein-Westfalen und Düsseldorf. Wir bitten Sie deshalb um Ihre Stimme für die FDP im Landtag.

Beschluss: Der Antrag wird bei 2 Gegenstimmen angenommen.

- **Antrag 1** Antrag zum außerordentlichen Kreisparteitag am 27. März 2012
Antragsteller: Junge Liberale Düsseldorf

Freiheit und Sicherheit für Düsseldorf

Der Kreisparteitag möge beschließen:

„Freiheit ist das zentrale Gut des Liberalismus. Das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben und die Abwesenheit äußerer Zwänge sind für uns Liberale maßgebliche Ideale. Freiheit ist dabei nicht zu verwechseln mit Beliebigkeit und Willkür. Sie findet ihre Grenzen in den Schranken des Rechtes, das alle Menschen bindet und ihre Freiheit schützt. Für uns ist die Schaffung und Durchsetzung des Rechtes die erste und wichtigste Aufgabe des Staates.

Freiheit braucht Sicherheit. Um persönliche Freiheit leben zu können, müssen die Bürger sicher sein, dass der Staat ihre Rechte schützt und durchsetzt. Freiheit und Sicherheit befinden sich in einem permanenten Spannungsverhältnis. Freiheit ist ohne Sicherheit nicht denkbar, Sicherheit ohne Freiheit wertlos. Wir Liberale garantieren beides. Statt auf symbolische neue Eingriffsbefugnisse für Sicherheitsbehörden setzen wir als entschiedene Vertreter eines freiheitlichen Rechtsstaates auf die konsequente Anwendung und Durchsetzung des bestehenden Rechtes. Die Qualität eines funktionierenden Rechtsstaates steigt nicht mit der Anzahl der Gesetze und Verordnungen, sondern mit deren Effektivität und Effizienz. Weder akzeptieren wir un-

nötige Eingriffe in die individuelle Freiheit der Menschen, noch ein dauerhaftes Vollzugsdefizit geltenden Rechtes. Dabei ist für uns klar, dass bei der Rechtsdurchsetzung die Verhältnismäßigkeit der Mittel gewahrt werden muss. Totale Sicherheit und Ordnung kann und wird es nicht geben.

Freiheit und Sicherheit sind nicht bloß Landes- und Bundesthemen. Gerade auch in ihrer unmittelbaren Umgebung leben die Menschen ihre Freiheit und brauchen objektive und subjektive Sicherheit. Die Stadt kann durch vielfältige Maßnahmen zur Auflösung des Spannungsverhältnisses beitragen und so am Ende beides leisten: Freiheit und Sicherheit für Düsseldorf.

Die Herstellung von Sicherheit und die Bekämpfung von Kriminalität sind originäre Aufgaben der Polizei. Präventionsarbeit kann und muss aber auch die Stadt leisten. Vielfach kann durch städtisches Handeln die Kriminalitätsgefährdung deutlich gesenkt werden. In der Vergangenheit war es vielfach die Städtebaukultur, durch die Angsträume und Kriminalitätsschwerpunkte erst geschaffen wurden. Hier wollen wir den positiven Trend zu einer lockereren und freundlicheren Stadtplanung weiter vorantreiben. Öffentliche Angsträume sind abzubauen, potentielle Tatorte durch städtebauliche Maßnahmen zu entschärfen. Wir wollen

- bereits bei der Planung von städtebaulichen Maßnahmen die Sicherheit der Bürger in die Überlegungen einbeziehen;
- öffentliche Angsträume und Kriminalitätsschwerpunkte durch bessere Lichtverhältnisse, eine verstärkte Grünpflege und ansprechende Stadtmöblierung heller, übersichtlicher und freundlicher gestalten;
- alle Unterführungen im Düsseldorfer Stadtgebiet bei Dunkelheit ausleuchten;
- an Haltestellen des ÖPNV sowie in deren unmittelbarer Umgebung das Sicherheitsgefühl durch gute Lichtverhältnisse und eine Rückführung von unübersichtlichem Gebüsch verbessern;
- Vorschläge der Bürger aufnehmen und prüfen, an welchen Orten die Beleuchtung verbessert und unübersichtliches Gestrüpp zu Gunsten von Rasenstreifen zurückgeführt werden kann.

Ein wesentliches städtisches Mittel zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung ist der kommunale Ordnungs- und Servicedienst (OSD). Dieser leistet einen wichtigen Beitrag zur Durchsetzung der Aufgaben des Ordnungsamtes und der Düsseldorfer Straßenordnung. Über seine Streifentätigkeit erhöht er nachhaltig das Sicherheitsgefühl der Bürger und steht ihnen im Sinne des Servicegedankens als Ansprechpartner und Helfer zur Seite. Er hat seine optimale Personalstärke erreicht. Wir werden die Aufgaben des OSD weiter optimieren und seinen Servicegedanken stärken. Wir wollen

- keine Übertragung polizeilicher Befugnisse (wie das Erteilen von Platzverweisen oder die Anwendung von unmittelbarem Zwang) an den OSD;
- keine Sonder- und Wegerechte für den OSD. Dessen Dienstfahrzeuge benötigen kein Blaulicht und keine akustische Signalanlage;
- die Kooperation mit der Polizei fortsetzen und das Modell der Doppelstreifen beibehalten. Dabei dürfen die Aufgaben jedoch nicht vermischt werden, die jeweiligen Zuständigkeiten und Befugnisse müssen für die Bürger klar erkennbar sein;
- die Uniform des OSD freundlicher und bürgernäher machen. Dabei muss der OSD auch aus der Entfernung gut von der Polizei zu unterscheiden sein. Die momentane overallartige Bekleidung ist hierfür nicht geeignet, das Barett ist als militärische Kopfbedeckung für den OSD inakzeptabel;
- eine zweckmäßige Ausstattung, aber keine teuren Prestigeobjekte wie Segways o.ä. Zur Ausrüstung soll außer einem Pfefferspray zum Selbstschutz keine Bewaffnung gehören; Diensthunde benötigt der OSD nicht;
- die Streifentätigkeit des OSD lageangepasst enden lassen. Freitags und samstags kann sie über die bestehende Zeit hinaus verlängert werden.

Durch das Setzen der richtigen rechtlichen Rahmenbedingungen hat die Stadt die Möglichkeit, zu mehr Sicherheit und Ordnung in Düsseldorf beizutragen. Gleichzeitig dürfen Freiheits- und Bürgerrechte nicht unverhältnismäßig eingeschränkt werden. Hier werden wir auch in Zukunft für die richtige Balance sorgen. Wir wollen

- keine Videoüberwachung öffentlicher Straßen und Plätze. Lediglich Kameraüberwachung auf Bahnhöfen, in unterirdischen Haltestellen und in Bussen und Bahnen des ÖPNV halten wir in bestimmten Fällen für angemessen;
- keine Alkoholverbote am Burgplatz oder anderswo. Diese wären unverhältnismäßige Eingriffe in die persönliche Freiheit der Menschen;
- § 6 der Straßenordnung (störendes Verhalten auf Straßen und in Anlagen) auch in Zukunft maßvoll und umsichtig anwenden;
- Straßenprostitution nicht dulden;

- die Durchsetzung des Jugendschutzes auch weiterhin gewährleisten. Durch die Stadt durchgeführte Alkohol-Testkäufe lehnen wir aber ab; der Staat darf nicht absichtlich Gelegenheiten zur Begehung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten schaffen;
- keine Einführung von Bürgerstreifen oder Bürgerwehren;

Eine reibungslose Zusammenarbeit von städtischen Ämtern und den Landesbehörden ist elementar zur Gewährleistung der Düsseldorfer Stadtsicherheit. Ohne die Polizei und die Gerichte mit einzubeziehen, ist kommunale Sicherheitspolitik nicht denkbar. Wir wollen

- eine enge Zusammenarbeit von Polizei, Jugendamt, Staatsanwaltschaft und Gerichten, um Jugendkriminalität effektiv zu bekämpfen. Hierfür sind von städtischer Seite auch weiterhin die Bedingungen zu schaffen;
- die hohe Polizeipräsenz in der Altstadt an Wochenendnächten erhalten;
- keine Entkriminalisierung sog. Bagatelldelikte, diese sind oft der Einstieg in schwerere Straftaten. Hier darf es keine falsch verstandene Toleranz der Ordnungs- und Sicherheitsbehörden sowie der Gerichte geben.

Die FDP tritt politischem Extremismus gleich welcher Couleur entschlossen entgegen. Wir lassen nicht zu, dass politisch Verwirrte unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, die Grundrechte und den Rechtsstaat in Frage stellen. Obwohl Düsseldorf als bunte und tolerante Großstadt vergleichsweise gut dasteht, muss auch hier dem Links- und Rechtsextremismus sowie religiösem Fundamentalismus das besondere Augenmerk der Zivilgesellschaft gelten. Die Gestaltungshoheit des gesellschaftlichen Miteinanders muss auch weiterhin in den Händen der Zivilgesellschaft liegen. Wir wollen

- gesellschaftliche Initiativen zur Bekämpfung von politischem und religiösem Extremismus, Gewaltbereitschaft, Fremdenfeindlichkeit, Homophobie und Antisemitismus in ihrer wertvollen Arbeit anerkennen und fördern;
- dass die Stadt an den Düsseldorfer Schulen verstärkt für Projekte gegen Extremismus wirbt und diese begleitet;
- die Stiftung eines Düsseldorfer Toleranz-Preises anregen. Dieser soll jährlich in feierlichem Rahmen an eine einzelne Person, eine Personengruppe oder eine Institution vergeben werden, die sich in Düsseldorf besonders um die Bekämpfung von Extremismus und um die Integration der Menschen in die Zivilgesellschaft verdient gemacht hat. Mit der Auszeichnung soll eine finanzielle Zuwendung zu Gunsten des honorierten Projektes verbunden sein. Die Kosten hierfür können durch das Sponsoring von Unternehmen gegenfinanziert werden, die sich mit den Idealen des Preises identifizieren möchten;
- sicherheitsrelevante Ausweisungen und Abschiebungen durch die kommunale Ausländerbehörde auch weiterhin vornehmen lassen. Personen ohne deutschen Pass, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung oder die Sicherheit der Bundesrepublik gefährden oder zur Gewalt aufrufen, müssen von der kommunalen Ausländerbehörde entsprechend den Möglichkeiten des § 54 AufenthG konsequent ausgewiesen werden;
- dass sich die im Stadtrat vertretenen demokratischen Parteien vor dem Hintergrund der im Stadtrat auch vertretenen Parteien der politischen Ränder ihrer Verantwortung bewusst sind. Auch bei grundverschiedenen und gegensätzlichen Positionen ist es wichtig, den Randparteien nicht durch Polemik in die Hände zu spielen. Wir wollen, dass sich der demokratische Prozess der Willensbildung durch den Austausch von Argumenten vollzieht. Ziel ist dabei nicht unbedingt die Konsensbildung, sondern die respektvolle Darstellung von Differenzen mit dem Ziel, den Bürgern im Sinne einer pluralistischen Gesellschaft verschiedene Alternativen aufzuzeigen und anzubieten.

Der Antrag wird vom Antragsteller zurückgezogen.

- **Antrag 2** Antrag zum ordentlichen Kreisparteitag am 27. März 2012
Antragsteller: FDP Kreisvorstand

Wachstum für eine freie Gesellschaft, Wohlstand und Arbeit

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Die Entfaltung des Individuums ebenso wie von Unternehmen heißt für uns Liberale Wachstum. Stetig entwickeln sich Menschen persönlich weiter, sind innovativ, verändern sich und ihre Umwelt und tragen so zu Fortschritt und Entwicklung bei. Mit der persönlichen Kreativität und Einzigartigkeit jedes Einzelnen verändern Menschen unsere Gesellschaft und bringen mit ihren Ideen sich selbst und ebenso die Gemeinschaft voran. Unternehmen produzieren Waren, Dienstleistungen und Ideen, fördern Innovation und setzen neue Ideen in wirtschaftlichen Erfolg und Arbeitsplätze um. Bildung, Wissenschaft und Forschung erweitern Hori-

zonte nicht nur für jeden Einzelnen, sondern für die gesamte Gesellschaft und die Wirtschaft. Entwicklung und Entfaltung braucht Freiraum. Wachstum ist für Liberale ein Freiheitsthema.

Die FDP in Düsseldorf hat in den vergangenen Jahren bewiesen, dass kluge Politik Wachstum fördert. Düsseldorf steht wirtschaftlich erfolgreich da. Bundesweit steht unsere Stadt an zweiter Stelle der Neueintragungen im Handelsregister und auf dem ersten Platz bei der Neugründung von Unternehmen im High-Tech-Bereich. Mit unserer erfolgreichen Heinrich-Heine-Universität und den vielen exzellenten Hochschulen wie zum Beispiel die Fachhochschule, die Kunstakademie oder die Musikhochschule zieht Düsseldorf kluge Köpfe aus aller Welt an. Als bedeutender Standort für Mobilfunkunternehmen steht Düsseldorf in Europa an der Spitze moderner Kommunikationstechnologie. Damit unsere Stadt so erfolgreich wachsen konnte und weiter wachsen kann, haben Liberale in der Verantwortung gemeinsam mit dem Koalitionspartner CDU die Grundlagen gelegt: durch eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik, durch eine klare Mittelstandsstrategie, durch Unterstützung von Existenzgründungen junger, innovativer Unternehmen, durch gute Schulen und eine Infrastruktur, die Menschen die Möglichkeit gibt, sich nach ihrem persönlichen Lebensmodell zu entfalten und durch vielfältige Angebote im Bereich von Kultur ihren Horizont zu erweitern.

Diesen Weg wollen und werden wir weitergehen. Dazu ist es notwendig, auch auf Bundesebene die richtigen Weichen zu stellen. Die Liberalen in der Regierungsverantwortung im Bund sind Garant dafür, dass mit wirtschaftlicher Vernunft, hoher Priorität für Bildung und Wissenschaft, Haushaltsdisziplin und einem starken Kompass für die Bürgerrechte die nötigen Freiräume für Wachstum erhalten und geschaffen werden.

Dabei muss es darum gehen, nachhaltiges Wachstum zu ermöglichen. Kurzfristiger Aktionismus und durch staatliche Konjunkturprogramme angeheizte Strohfeuer ersetzen nicht eine Politik, die daran ausgerichtet ist, auf Marktkräfte zu setzen. Märkte verändern sich stetig, unsere Wirtschaftspolitik ist daher nicht darauf ausgerichtet, durch Protektionismus überkommene Geschäftsmodelle oder hergebrachte Industrien über ihre Zeit zu retten, sondern darauf, einen Rahmen für Entwicklung zu schaffen. Wachstum ist nicht nur Größenwachstum, sondern auch Wandel und das Entstehen neuer Möglichkeiten.

Nachhaltiges Wachstum kann kein zerstörerisches Wachstum sein, das seine eigenen Grundlagen verzehrt. Daher gehört zum Wachstum der behutsame und vorausschauende Umgang mit natürlichen Ressourcen und unserer Umwelt.

Unternehmen wachsen durch ihre Mitarbeiter. Daher muss wirtschaftlicher Erfolg auch bei den Menschen ankommen. Diejenigen, die den Aufschwung tragen und durch ihre Arbeit erst ermöglichen, müssen am Erfolg teilhaben. Wachstum muss Chance für alle sein.

Wachstum hat viele Voraussetzungen.

Die FDP Düsseldorf setzt sich deshalb unter anderem dafür ein, dass

- durch gute Bildungspolitik die Grundlage gelegt wird für die Entfaltung der Chancen und Fähigkeiten jedes Einzelnen. Persönliches Wachstum braucht Bildung. Allen Kindern unabhängig von ihrer Herkunft die besten Chancen mit auf den Weg zu geben, ist daher die Grundvoraussetzung für eine wachsende Gesellschaft und für die Entwicklung jedes Einzelnen zu einem verantwortungsvollen, eigenverantwortlichen Individuum sowie zu dessen wirtschaftlichem Erfolg. Die Schulpolitik in Düsseldorf werden wir daher weiter daran ausrichten, dass mit individueller Förderung und gleichzeitig ausreichender Herausforderung jedes Kind seine Talente voll entfalten kann.
- die berufliche Bildung in Düsseldorf durch Partnerschaften mit der Wirtschaft, insbesondere den Kammern, für Ausbildungsplätze ebenso wie für gute Berufsschulen weiter vorangebracht werden. Unser Ziel ist, dass alle Jugendlichen in Düsseldorf, die einen Ausbildungsplatz suchen, auch einen passenden finden. Mit gezielter Förderung werden wir weiterhin dafür sorgen, dass Jugendliche in den allgemeinbildenden Schulen alle Fähigkeiten mit auf den Weg bekommen, um erfolgreich eine Ausbildung zu absolvieren. Unsere Hochschulen werden wir auch künftig zu exzellenten Wissenschaftseinrichtungen weiterentwickeln. Mit aktiver Unterstützung für Technologietransfer werden wir die innovativen Unternehmen an wissenschaftlichen Erfolgen teilhaben lassen. Kooperationen zwischen Universität und Existenzgründern sowie anderen Unternehmen liegen uns dabei besonders am Herzen. Die FDP in Düsseldorf unterstützt entsprechende Initiativen und räumt diesen in ihrer Politik eine hohe Priorität ein.
- durch die Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung öffentliche Mittel klug und nachhaltig eingesetzt werden. Unsere Politik, die nun im dreizehnten Jahr einen schuldenfreien Haushalt ermöglicht hat, ist die Basis für Vertrauen in wirtschaftlichen Erfolg und Zukunftsinvestitionen. Mit der FDP wird es in Düsseldorf auch weiterhin eine vernünftige Haushaltspolitik geben, die Unternehmen einen verlässlichen und wachstumsorientierten Rahmen bietet. Dazu gehört statt Schulden abzahlen zu müssen, die Freiräume im städtischen Haushalt dafür zu nutzen, die Belastung von Unternehmen mit Steuern und Gebühren weiter zu senken. Städte die gut gehaushaltet haben, müssen die Früchte ihrer Anstrengungen auch nutzen können. Es entspricht nicht unserer Vorstellung von Verantwortung, dass diese Städte für

die Schulden anderer in Haftung genommen werden. Die FDP Düsseldorf wird sich weiter dafür einsetzen, dass die rot-grüne Minderheitsregierung des Landes Nordrhein-Westfalen nicht diejenigen bestraft, die mit dem Geld der Bürger verantwortungsvoll umgehen.

- Wirtschaft und Handel konkurrenzfähig bleiben, global, national und kommunal. Auch die Unternehmen in Düsseldorf stehen den Herausforderungen des weltweiten Wettbewerbs mit zum Teil in aufstrebenden Schwellenländern kostengünstig agierender Unternehmen sowie der aktuellen Finanz- und Schuldenkrise gegenüber. Hier kann nur bestehen, wer seine eigenen Stärken ausbauen und herausstellen kann. Für hiesige Unternehmen heißt dies Qualität, Innovation und Flexibilität. Damit schaffen Großunternehmen und Mittelstand Arbeitsplätze in Düsseldorf für Düsseldorf. Hierfür gilt es, zusätzliche Hürden in Form von standortunfreundlichen Gewerbesteuern und unnötiger Bürokratie zu beseitigen. Für den Einzelhandel ist Bürokratie auch gleichbedeutend mit festgelegten Ladenöffnungszeiten. Investoren haben heute viele Standorte in Deutschland und Europa zur Auswahl. Die Attraktivität eines Standortes ist daher unmittelbar auch mit der Gestaltung von Öffnungszeiten verbunden. Die FDP Düsseldorf unterstützt daher die Landtagsfraktion in ihrem Anliegen, die derzeitige Flexibilität der Ladenöffnungszeiten nicht zum Opfer der Regulierungswut der rot-grünen Minderheitsregierung unseres Landes werden zu lassen.
- Verkehr und Infrastruktur in Düsseldorf sich entsprechend den Bedürfnissen der Bürger weiterentwickeln. Die FDP Düsseldorf setzt sich dabei für einen guten Mix der Verkehrsträger ein. Wir wollen ein hohes Niveau des ÖPNV, gute Straßenverhältnisse und einen weiteren Ausbau der Radwegeverbindungen in Düsseldorf, damit jeder Bürger selbst entscheiden kann, welches Verkehrsmittel für ihn das Geeignete ist. Ein breites Verkehrsangebot trägt außerdem dazu bei, den Stadtverkehr effektiv auf mehrere Säulen zu verteilen und damit einseitige Belastungen zu vermeiden. Wegweisende Infrastrukturprojekte wie die Wehrhahnlinie und der Kö-Bogen stärken Düsseldorf weiter als attraktiven Ort für Bürger und Wirtschaft.
- durch Umweltschutz dazu beigetragen wird, dass natürliche Ressourcen geschont werden, um Wachstum auch für die kommenden Generationen zu ermöglichen. Dazu gehört auch die Förderung regenerativer Energien, wie sie die Bundesregierung mit dem Programm zur Energiewende beschlossen hat. Wir wollen auf kommunaler Ebene dazu beitragen, dass durch regenerative Energien der Bedarf von Wirtschaft und Einwohnern an sicherer und verlässlicher Energie gedeckt ist. Dabei sind wir mit der Bundesregierung einer Meinung, dass wir Mittel effektiv einsetzen müssen. Staatliche Förderung darf es nur zeitlich begrenzt und als Anschlag für den Markteintritt geben. Die vielen Menschen in Düsseldorf, die durch Solarpaneele auf ihren Dächern einen Beitrag zum Klimaschutz leisten, haben keine Einbußen bei der zugesagten Förderung zu befürchten. Die FDP Düsseldorf anerkennt ausdrücklich die Verantwortung der Eigentümer für unsere Umwelt. Es ist aber für die Zukunft wichtig, dass nicht mehr über 50% der für regenerative Energien zur Verfügung stehenden Fördermittel für nur 3% der erzeugten Energie aufgewendet wird. Damit leisten wir einen Bärendienst für Umwelt und Klima und entziehen künftigen Generationen ihren Spielraum für Wachstum und Wohlstand.
- mit der Lokalen Agenda 21 mit lokalen Projekten auch in unserer Stadt die Grundlage für Klimaschutz, Umweltschutz und nachhaltiger Nutzung unserer Ressourcen gelegt wird. Die FDP in Düsseldorf strebt dabei an, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft in unserer Stadt unsere lebenswerte Natur zu erhalten, Energie zu sparen und Anreize zu setzen, umweltgerecht zu wohnen und zu leben. Im Einklang mit der Initiative der Bundesregierung zur Förderung der Elektromobilität wollen wir mit der Einrichtung von speziellen Parkplätzen für Elektroautos insbesondere in der Innenstadt umweltgerechte Mobilität fördern. Die Stadt geht mit E-Autos im eigenen Fuhrpark bereits mit gutem Beispiel voran. Auch durch die Flächennutzungspläne berücksichtigen wir nachhaltige Entwicklung und ein qualitatives Wachstum der Lebensqualität unserer Stadt.
- eine schlanke Verwaltung und ein innovatives bürger- sowie wirtschaftsfreundliches E-Government-Konzept die Menschen und Unternehmen von Bürokratie entlastet. Kosten und Zeit der Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen sollen nicht für Verwaltungsvorgänge aufzuwenden sein, sondern für persönliches und wirtschaftliches Wachstum. Mit ihrem E-Government-Konzept ist Düsseldorf bundesweit beispielhaft für die effektive Nutzung moderner Technologie in der Verwaltung. Wir wollen darin fortfahren, Verwaltungsvorgänge zu beschleunigen und gerade für Existenzgründer bürokratische Hürden abzusenken. Langwierige Verfahren binden Kräfte, die besser für Kreativität, Innovation und damit Wachstum genutzt werden können.
- Kulturförderung die Vielfalt und Kreativität erhält, die unsere Stadt nicht nur lebenswert und bunt macht, sondern auch für gesellschaftliche Entwicklung unabdingbar ist. Gesellschaftliches Wachstum braucht kulturelle Impulse, um sich mit Entwicklungen auseinanderzusetzen, Ideen zu verarbeiten und einen kritischen Diskurs aufzugreifen. Dabei sind gerade junge Künstler und die alternative Kulturszene wesentliche Motoren der gesellschaftlichen Entwicklung. Daher setzt die FDP in Düsseldorf darauf, für diese Angebote in Kulturzentren Raum vorzuhalten und dadurch zu unterstützen. Auch die Kulturmittel der Stadt wollen wir so einsetzen, dass neue, junge und alternative Projekte ausreichend zur Bereicherung des Angebotes beitragen.

- die strikte Einhaltung der Balance von Sicherheit und Freiheit dafür sorgt, dass sich die Menschen ohne Angst in ihrer Individualität frei entfalten können. Die effektive Prävention und Bekämpfung von Kriminalität durch eine personell und sächlich gut ausgestattete Polizei ist für unseren Rechtsstaat selbstverständlich. Daher setzt die FDP in Düsseldorf auf eine Stadtplanung, die Gefahrenräume vermeidet, und auf eine Polizei, die dort besondere Präsenz zeigt, wo Gefahrenschwerpunkte sind. Persönliche Entfaltung und damit auch Persönlichkeitswachstum braucht die Gewissheit, dass in einer Gesellschaft Unterschiede und Vielfalt, Non-Konformismus und Individualität möglich sind. Dauerhafter Überwachungsdruck führt zu einer Gesellschaft, in der diese Gewissheit abhandenkommt. Damit wird Kreativität und Individualität, die nicht nur den Einzelnen wachsen und reifen lässt, sondern auch zu Wachstum und Entwicklung der Gesellschaft unabdingbar ist, unterdrückt. Daher wollen wir keine flächendeckende Videoüberwachung in unserer Innenstadt oder unseren öffentlichen Verkehrsmitteln. Dem Datenschutz messen wir deshalb auch in Düsseldorf besondere Bedeutung bei. Die FDP in Düsseldorf unterstützt die Initiative der schwarz-gelben Koalition im Bund, eine Stiftung Datenschutz zu errichten, und fordert alle Düsseldorfer Unternehmen, vor allem im Bereich der Telekommunikation auf, sich aktiv an der Etablierung höchster Datenschutzstandards zu beteiligen. Wir setzen darauf, dass Düsseldorf nicht nur Top-Plätze bei High-Tech und Telekommunikation einnimmt, sondern auch beim Umgang mit den dabei anfallenden Daten. Für die FDP in Düsseldorf ist klar, dass Datenschutz auch im Verwaltungshandeln oberste Priorität besitzen muss. Eine Verwaltung, die wo immer möglich bei ihren Angeboten die Notwendigkeit der Erhebung persönlicher Daten überprüft und reduziert, schafft Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern und vermindert auch die Gefahr von Missbrauch der Daten sowie Datenpannen.
- die Stärkung des Verbraucherschutzes Wachstum bei den Unternehmen fördert, die mit guter Qualität, Sicherheit für ihre Kunden und der Achtung gesetzlicher Vorschriften am Markt punkten. Unternehmen, die durch "schwarze Schafe" in ihren Branchen kein Vertrauen mehr genießen, können unverschuldet nicht entsprechend ihren Fähigkeiten und ihrem guten Angebot wachsen. Für die FDP in Düsseldorf ist daher klar, dass Vorschriften zum Verbraucherschutz in unserer Stadt konsequent umgesetzt werden müssen. Mit ausreichenden Kontrollen im Bereich des Lebensmittelrechts wollen wir sicherstellen, dass die Verbraucher in Düsseldorf sich der Qualität der Produkte gewiss sein können. Durch die konsequente Beachtung des Verbraucherinformationsgesetzes trägt die Stadt Düsseldorf gegenüber den Menschen in unserer Stadt dazu bei, dass Transparenz gewahrt und Missstände schnell aufgedeckt werden. Geheimniskrämerei darf es nicht geben, wenn es um Sicherheit von Lebensmitteln und die Gesundheit der Menschen unserer Stadt geht.
- durch den Abbau bürokratischer Hürden bürgerschaftliches Engagement gefördert wird. Unsere Gesellschaft wächst und gedeiht, wenn die Menschen sich füreinander und für das Gemeinwohl engagieren. Das Ehrenamt in unserer Stadt wollen wir fördern und unterstützen. Wachstum für unsere Gesellschaft bedeutet auch Zusammenwachsen. Daher sind für uns Projekte und Initiativen, die sich für Integration und gegenseitiges Verständnis einsetzen, von besonderer Bedeutung.
- dass Kinder unter dem besonderen Schutz der Gesellschaft gut aufwachsen können. Gute Betreuungsangebote kann der Staat nicht alleine zur Verfügung stellen. Zum Wachstum gehört es für uns ganz besonders, dass Kinder so aufwachsen können, dass sie soziale Kompetenz erwerben, ihre Neugier stillen und schon früh in ihren Talenten gefördert werden. Nachbarschaftshilfen oder Elterninitiativen zur Kinderbetreuung sind für uns daher besonders förderungswürdig. Wir wollen daher die bürokratischen Hürden senken, um Kindertagesbetreuung anzubieten und durch die Stadtverwaltung Hilfen anbieten, um durch bürgerschaftliches Engagement gerade Kinder zu unterstützen.
- die Bereicherung unserer Gesellschaft durch Ältere, die die Grundlagen für künftiges Wachstum durch ihre Erfahrungen und ihr Wissen gelegt haben, ausdrücklich gewürdigt wird. Gesicherte Pflege im Alter, aber auch eine altersgerechte Gestaltung unserer Stadt geben uns die Möglichkeit, uns durch die Lebenserfahrung der Älteren weiterzuentwickeln. Wir wollen daher unsere Stadt für alle Generationen lebenswert erhalten und beim Wachstum Düsseldorfs darauf achten, dass die vielfältigen Angebote etwa bei Kultur, beim Sport oder der Naherholung für Menschen allen Alters zugänglich sind.
- Leistungs- und Breitensport weiterhin gefördert werden. Gerade im Sport wachsen Menschen über sich hinaus. Sport trägt erheblich zur Entwicklung unserer Gesellschaft bei, indem er vor allem im Verein Integration, Fairness und Verantwortung unterstützt. Die Sportstätten unserer Stadt wollen wir daher vor allem für den Breitensport weiter ausbauen. Die zahlreichen Sportvereine wollen wir auch weiterhin fördern und ihnen auch die Möglichkeit geben, mit Schulen zu kooperieren, um Nachwuchs zu fördern und mehr Menschen für Sport zu begeistern. Aber auch im Bereich des Spitzensports hat Düsseldorf viel zu bieten. Die Leistungen stacheln viele andere dazu an, sich anzustrengen und selbst an sportlichen Herausforderungen zu wachsen. Der Spitzensport ist zudem ein Aushängeschild für unsere Stadt. Wir unterstützen daher die Anstrengungen der schwarz-gelben Koalition im Bund, auch in Zeiten knapper Kassen den Spitzensport angemessen zu fördern und setzen uns dafür ein, dass Düsseldorf angemessen davon profitiert. Ein herausragendes Beispiel hierfür ist das Sportinternat, welches dazu beiträgt, junge Leistungssportler zu fördern und damit den Spitzensport in Düsseldorf nachhaltig zu unterstützen.

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen.

- **Antrag 3** Antrag zum ordentlichen Kreisparteitag am 27. März 2012
Antragsteller: Junge Liberale Düsseldorf

Düsseldorf verzichtet auf UNESCO-Welterbestatus

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Die FDP Düsseldorf lehnt Überlegungen seitens der Stadtverwaltung ab, bestimmte Teile des Düsseldorfer Stadtbildes zum UNESCO-Welterbe erklären zu lassen.

Die Altstadt von Kaiserswerth oder Schloss Benrath werden auch ohne einen teuren Titel weiterhin bei Düsseldorfern oder Besuchern beliebte Ausflugsziele und Highlights im Stadtbild sein. Eine Finanzierung einer internationalen Kulturbürokratie aus städtischen Mitteln ist demgegenüber eine nutzlose Ausgabe, die zudem zum Gefahr einer Einmischung von mit den örtlichen Gegebenheiten nicht vertrauten UNESCO-Stellen in die künftige Stadtplanung mit sich bringen würde.

Der Antrag wird vom Antragsteller zurückgezogen.

- **Antrag 4** Antrag zum ordentlichen Kreisparteitag am 27. März 2012
Antragsteller: Dr. Gerhard Hansen

Ohne Vertrauen keine Demokratie

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Unsere repräsentative Demokratie basiert auf dem Vertrauen in die gewählten Abgeordneten und die staatlichen Akteure. Verlässlichkeit, Moral und Rechtstreue nicht nur nach den Buchstaben, sondern nach dem Geist der Gesetze müssen das Handeln unserer Repräsentanten bestimmen. Recht und Unrecht werden nicht bestimmt durch Popularität oder Zweckmäßigkeit, sondern durch das Gesetz.

Der Antrag wird vom Antragsteller zurückgezogen.

TOP 9 Verschiedenes

Oliver Zengoski äußert sich zum Stand des Arbeitskreises Grundsatzprogramm. Das Ergebnis sei bis jetzt inhaltlich nicht zufriedenstellend. Viele Themen sind nicht ausreichend zur Sprache gebracht worden. Es erfolgte eine Debatte über die Weiterarbeit, um weitere Änderungsanträge zu stellen, damit eine gewisse Qualität des Programms erreicht werden kann. Er schlägt vor, die Weiterarbeit auf den September zu verlegen, um für den qualitativen Inhalt mehr Zeit zu gewinnen.

Gisela Piltz bedankt sich bei Oliver Zengoski und allen weiteren Mitgliedern des Arbeitskreises für ihre Arbeit. Sie zitiert Wolfgang Kubicki: „Wenn sie unsere Wahlchancen in Schleswig-Holstein verschlechtern wollen, verschieben sie die Debatte um das Grundsatzprogramm“. Sie bittet den Arbeitskreis darum, die Debatte nicht auf September zu verlegen.

Sascha Henrich bietet die Hilfe der Jungen Liberalen beim Landtagswahlkampf an. Helmut von Richter erinnert nochmals daran, dass bei der Wahl des neuen Landtags 2 Stimmen zu vergeben sind, einmal für den Wahlkreis und einmal für die Landesliste. Freundes- und Bekanntenkreise sollten informiert und für die Wahl mobilisiert werden.

Klaus Burkhardt bittet um Spenden für den Landtagswahlkampf.

Gisela Piltz dankt den Mitgliedern, dem Präsidium, der Zählkommission, den Stimmeneinsammlern und Stimmenauszählern und den Mitarbeitern für den sehr guten Tagungsverlauf und schließt den Parteitag.

Ende des Parteitages 22.00 Uhr.

Helmut von Richter
Versammlungsleiter

Dina Simao-Voigt
Protokollantin